

tiert, warum die Wahl wieder zur Billstedt gefallen sei. Es gab Buhrufe für Politik und Verwaltung. Bezirksamtsleiter Andy Grote (SPD) stand bei der Veranstaltung Rede und Antwort. Er sagte dem Abendblatt: „Der Widerstand der Menschen vor Ort gegen dieses Vorhaben war bei der hoch emotionalen Diskussion am Montagabend spürbar. Aber dass es Vorbehalte und heftige Kritik der Menschen aus dem Stadtteil geben wird, war uns von Anfang an klar.“ Den Bürgern in Billstedt werde viel abverlangt, aber in diesen Zeiten gebe es keine andere Möglichkeit, so Grote weiter. Dem Bezirksamtsleiter ist wichtig: „Wir haben in allen Stadtteilen in unserem Bezirk eingehend geprüft, ob Flächen zur Verfügung stehen. Wir haben aber keine passenden gefunden.“ Der Vorteil der Flächen in Billstedt sei, dass sie groß seien und parallel auch herkömmlicher Wohnraum entstehen könne.

Auch SPD-Fraktionschef Falko Droßmann zeigte Verständnis für die Bürger: „Die Stimmung in Billstedt ist aufgeheizt, das ist nachvollziehbar. Denn dass der Stadtteil, was die Aufnahme von Flüchtlingen angeht, eben so wie Wilhelmsburg bereits an seine Grenzen geraten ist, ist offensichtlich.“ Aber Droßmann wirbt trotzdem um Verständnis: „Wir haben hier eine Notlage und müssen deshalb die beiden Standorte am Ojendorfer See nutzen, um hochwertigen Wohnraum zu schaffen, der Platz für bis zu 3200 Menschen bietet.“ Unterdessen gab sich Grünen-Fraktionschef Michael Osterburg besorgt: „Die Veranstaltung zeichnete

sich durch hohe Emotionen aus, leider gab es auch einige rechte Parolen. Das ist nur eine Minderheit, aber höchst bedenklich.“

Rechte Parolen wurden am Dienstag bei der Sitzung der Bezirksversammlung, bei der es um die Flüchtlingsunterbringung in Billstedt ging, nicht laut. Es waren etwa 60 Bürger zur Fragestunde gekommen. Alle Sitzplätze im Zuschauerbereich waren besetzt:

Warum die Last nicht besser verteilt werde, wieso man nicht auf dezentrale Unterbringung setze oder warum die Sorgen der Bürger außen vor gelassen würden – das fragten die Billstedter die Politiker. Die zeigten Verständnis für die Sorgen der Menschen, machten aber auch auf die Ausnahmesituation aufmerksam, in der sich Hamburg befindet. In den ersten neun Monaten dieses Jahres hat Hamburg 35.021

Flüchtlinge aufgenommen, im Vorjahreszeitraum waren es 8774.

Die SPD hatte am Dienstag einen Antrag in die Bezirksversammlung eingebracht, in dem sie die „von Senat und Bezirken“ verfolgte kurzfristige Schaffung von Wohnraum für 3000 bis 4000 Flüchtlinge unterstützt. Allerdings wird Bezirksamtsleiter Grote in dem Antrag, der mit großer Mehrheit beschlossen wurde, zu zahlreichen Maß-